

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

13.3.1866 (No. 61)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 13. März.

N. 61.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkaufsgebühren: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Erpedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Telegramme.

† **Berlin**, 12. März. Se. Maj. der König hielt heute eine längere Konferenz mit dem Grafen v. Bismarck, dem Generalstabschef v. Moltke, dem Generaladjutanten v. Alvensleben, und dem Chef des Militärkabinetts, v. Treckow, ab.

† **Paris**, 11. März. (Sch. M.) Im Gesetzb. Körper hielt gestern Thiers eine lange Rede, worin er die Handelspolitik der Regierung angriff, durch welche die Landwirtschaft ruiniert worden sei. Staatsminister Rouher erwiderte und zeigte, daß der Handel vielmehr ein großes Mittel zur Beförderung der Landwirtschaft sei. Das (schütz-jöllnerische) Amendement von Pouyer-Quertier wurde hierauf mit 192 gegen 37 Stimmen verworfen.

† **London**, 12. März. Die „Morn. Post“ widerlegt die Gerüchte, daß Oesterreich Englands Dienste zum Behuf der Ausgleichung mit Preußen erbeten, und daß Preußen ein Ultimatum abgeschickt habe. Der König und der Kronprinz seien den Ansichten Bismarck's und anderer Rathgeber entgegen.

† **Bukarest**, 12. März. Vieles wird der Prinz Alexander von Hessen-Darmstadt als künftiger Fürst bezeichnet. Die Konferenzdeputirten werden morgen abreisen. Die Gemahlin Cujas ist mit Genehmigung der Regierung nach Jugoslawia zurückgekehrt. Rumänische Agenten sind nach Paris und Konstantinopel abgereist.

Badischer Landtag.

† **Karlsruhe**, 10. März. 14. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Die Anforderungen der Regierung werden einstimmig bewilligt unter Abzug von 20 Prozent für Heizungskosten, wie bei den übrigen Ministerien. Andere Modifikationen bezüglich der Verpflegungs- und Heilkosten in den Strafanstalten, der Anstellung eines weitem Buchhalters für das Zellengefängnis sind ganz unerheblicher Natur.

Der Abg. Heilig will die allgemeine Klage über zu hohe Gebühren der Rechtspolizei zur Kenntniß der Regierung bringen, und stellt noch den Wunsch um Schaffung von Wartgerichten für Käufe und Verkäufe von Vieh.

Staatsminister Dr. Stabel wird den ersten Punkt nachher berühren.

Eine Diskussion, die ein mangelhaftes Zusammenwirken der Staatsanwälte mit den Untersuchungsrichtern zum Inhalt hat, findet ihre Erledigung in der Erklärung der Regierung: das einfache Mittel hiegegen wäre, ein paar Duzend Untersuchungsrichter mehr anzustellen; wer den Zweck wolle, müsse dann auch die Mittel wollen.

Hinsichtlich der Gerichtskosten und Anwaltsgebühren macht der Kommissionsbericht die Bemerkung: „Die Vetheiligten erblicken die größte Schattenseite der neuen Einrichtungen darin, daß die Prozesse für diejenigen, welche sie führen, theurer geworden sind. Bis zu einem gewissen Maß ist dies kein Uebelstand; was an Stempeln und Sporkeln mehr als früher entrichtet werden muß, wird im Ganzen dieses Maß nicht übersteigen. Dagegen erreichen die Gebühren der Anwälte, durch welche die Parteien vor den Kollegialgerichten sich vertreten lassen müssen, bei dem jetzigen Verfahren in nicht seltenen Fällen einen unheimlich hohen Betrag; es ist deshalb ein dringender Wunsch im Lande, daß die neue Anwaltsordnung recht bald durch eine dem jetzigen Verfahren entsprechende Anwaltsordnung ergänzt werden möge.“

Staatsminister Dr. Stabel: Bei Berathung und Ausführung der neuen Gerichtsverfassung waren wir uns Alle klar bewußt, daß dieselbe einen höheren Aufwand erfordert, als die frühere, und daß sie anders nicht als mit größeren Kosten gewährt werden kann. Der Mehraufwand mußte entweder auf die Staatskasse, d. h. auf die Steuerpflichtigen, oder auf die Rechtsuchenden oder auf beide verhältnismäßig fallen.

Bei dieser Erhöhung haben wir vorausgesehen, daß sie diejenigen, die mehr bezahlen müßten, als bisher, unangenehm berühren wird, weil es Jedermann unwillig aufnimmt, wenn irgend etwas theurer wird.

Das Alles hat uns aber nicht abgehalten, die Organisation vorzunehmen, weil die Lichtseiten viel stärker ins Gewicht fallen als jene Schattenseiten, und wir können mit Befriedigung sagen, daß die neuen Institute sich bewährt haben.

Die Beschwerden über den Mehraufwand dürfen uns daher an und für sich nicht beunruhigen; doch sind wir ihnen schuldig, sie zu prüfen.

Es sind hierbei die Gerichtskosten von den Amtskosten zu unterscheiden.

Bei Abfassung der neuen Sporkel-, Stempel und Taxordnung für die Gerichtskosten waren wir bemüht, das bisherige Verhältniß der Einnahme zu den Ausgaben der Staatskasse nicht wesentlich zu erhöhen.

Aus meiner im Anfang der Verhandlung gegebenen Darstellung geht auch hervor, daß dieses Verhältniß sich nur um den geringen Betrag von 1 1/2 Prozent erhöht hat. Uebershaupt sind unsere Gerichtskosten im Vergleich zu denen an-

derer Länder, die ähnliche Einrichtungen haben, immer noch viel geringer.

Wir können daher die Beschwerde über die Gerichtskosten nicht als begründet erkennen. Jedenfalls könnte es sich darum handeln, Dasjenige auf die Staatskasse zu übernehmen, um was die einzelnen erleichtert werden.

Was die Anwaltskosten betrifft, so verhält es sich allerdings etwas anders, und das Justizministerium hat zugleich mit Einführung der Gerichtsverfassung eine neue Taxordnung für die Anwälte ausgearbeitet. Es hat die Gerichtshöfe und die Anwaltskammern darüber gehört, den Entwurf sodann umgearbeitet, und es fehlt nur noch die letzte Durchsicht, um ihn der allerhöchsten Genehmigung unterbreiten zu können. Diese wird stattfinden, sobald es nur immer die Zeit erlaubt. Daß übrigens diese Arbeit eine eben so schwierige als wichtige ist, lehrt die Erfahrung. So lange ich mir in der Praxis zuwenden kann, und dies sind nahezu 40 Jahre, war die Anwalts-Taxordnung stets ein Gegenstand des Kampfes und der Unzufriedenheit. Entweder waren die Anwälte damit zufrieden, aber die Rechtsuchenden nicht, oder umgekehrt.

Ich erinnere nur an die Vorgänge in den 40er Jahren, wo eine große Mißstimmung gegen die Gebühren der Anwälte herrschte. Es war im Jahr 1848 ein neues bürgerliches Verfahren vorgeschlagen, welches zum Zweck hatte, die Anwälte gänzlich von den Amtsgerichten auszuschließen, und als die große Regierung im Jahr 1850 eine revidirte bürgerliche Prozeßordnung den Ständen vorlegte, wurden in der Zweiten Kammer nicht nur den Anwälten ungünstige Zusätze gemacht, sondern man kam auf den Wunsch zurück, die Anwälte gänzlich von den Amtsgerichten zu entfernen. Die große Regierung konnte damals die Ausführung dieses ungerathenen Wunsches nur dadurch zurückhalten, daß sie die Zulassung machte, die Gebühren der Anwälte in erster Instanz auf das thunlichst niedere Maß herabzusetzen. Dies ist denn auch geschehen; damit waren aber natürlich die Anwälte wieder nicht zufrieden, und auf ihre Beschwerden wurden die Gebühren später wieder etwas erhöht. Die gegenwärtige Taxordnung stützt sich auf ein bei Einführung der Gerichtsverfassung erlassenes Provisorium. Die dadurch festgesetzten Gebühren sind an und für sich nicht zu hoch, allein das System unserer Taxordnung brachte es von jeher mit sich, daß die Anwälte durch Verwiesfälligkeit der Prozeßhandlungen auch ihre Gebühren wesentlich vermehren konnten, und es geschieht mitunter von Einzelnen, daß auf diesem Wege die Gebühren unmaßig erhöht werden, während die redlichen Anwälte, welche unnütze Prozeßhandlungen vermeiden und ihre Thätigkeit auf das Nothwendige beschränken, im Ganzen nicht mehr verdienen, als ihnen gebührt. Die neue Taxordnung wird bemüht sein, beiden Theilen gerecht zu werden, und wollen wir hoffen, daß dieses Ziel erreicht werde.

Abg. Kufel: Die Aeußerungen des Staatsministers der Justiz könnten zur Meinung führen, als ob die Anwälte die Schuld der Einführung einer neuen Taxordnung tragen. Der Grund liegt vielmehr darin, daß die jetzige zur Verfassung nicht mehr passe. Ein alter Erbfehler in Deutschland sei überhaupt, den Anwaltsstand mit Mißgunst und Ungunst anzusehen. Den nunmehrigen Gebühren stehe auch eine aufregendere und aufzehrere Arbeit zur Seite.

Staatsminister Dr. Stabel begreift nicht, wie der Hr. Vorredner seine Rede mißdeuten kann; er habe sich doch ganz klar ausgedrückt: es geschehe mitunter von einzelnen Anwälten, daß sie durch Verwiesfälligkeit ihrer Prozeßhandlungen auch ihre Gebühren nicht unbedeutend vermehren. Er könne solche Fälle beweisen.

Abg. Obkircher erklärt, Anwälte selbst schon hätten sich ihm gegenüber geäußert, sie kämen oft in Verlegenheit, die Taxe zu fordern, die sie nach der Gebühreordnung anzusehen berechtigt seien.

Nach einigen Entgegnungen der Abgg. Heilig und v. Feder wird die Diskussion geschlossen.

Die Kommission beantragt bei § 20, Gehalte der Aufseher in den Strafanstalten, statt der mehrgeforderten 3125 fl. bloß 1850 fl. zu bewilligen. Die Regierung verlangt Wiederherstellung ihrer Forderung, und wird auch nach längerer Debatte, die sich besonders um die dauernde Erhaltung tüchtiger Aufseher bewegt, der Antrag von der Kommission zurückgezogen.

Abg. Beck stellt an den Hrn. Staatsminister die Anfrage, ob nicht eine theilweise Abänderung der Verordnung, die pfarramtliche Bezeichnung über Eide betr., geboten sei, als ein Eingriff in die Autonomie der Kirche, und um Konflikten vorzubeugen?

Die hierauf folgende Debatte findet ihren Abschluß durch die Kundgebung der Regierung, daß der Abg. Beck die Kritik eines Gesetzes in Form einer Anfrage geübt habe; die Geschäftsordnung verlange Stellung einer Motion.

Während der Berathung des Budgetberichts legt der Präsident des Handelsministeriums das ordentliche Budget der groß. Verkehrsanstalten vor für die Jahre 1866 und 1867.

Schluß der Sitzung.

† **Karlsruhe**, 12. März. 15. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Handelsministeriums, Staatsrath Dr. Mathy, und Geh. Referendar Dr. Diez.

Nach Eröffnung der Sitzung theilt der Präsident mit, daß die Rechnungsnachweisungen der einzelnen Ministerien für 1862 und 1863 auch von der hohen Ersten Kammer genehmigt worden seien.

Das Sekretariat zeigt einige Petitionen an.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Paravicini erstatteten Berichts über das ordentliche Budget des groß. Handelsministeriums für 1866 und 1867.

Der eigentliche Staatsaufwand erfordert Tit. I. Ministerium jährlich 29,825 fl. Wird genehmigt mit Abzug von 20 Proz. an den Bureaukosten.

Tit. II. Für Landesstatistik werden 10,860 fl. gefordert und bewilligt.

Abg. Moll vermag den Wunsch nicht zu unterdrücken, daß diese Wissenschaft in durchgreifender und umfassender Weise behandelt werde wie bisher, und dies besonders in Rücksicht auf Ein- und Ausfuhrzoll.

Geh. Referendar Diez: Die zwischen den statistischen Bureaus der einzelnen Staaten bestehende Verbindung ermöglicht dies, soweit entsprechendes Material vorhanden sei. Hinsichtlich der Gewerbestatistik aber könne das Bureau nicht allen Anfragen entsprechen, da die Fabrikanten ihrerseits nur unter einer Art Dienstgeheimniß zu Mittheilungen sich herbeilassen.

Abg. Beck hebt die große Bedeutung dieses Instituts hervor und dankt der Regierung für Errichtung eines selbständigen statistischen Bureau's. Er wünscht aber, daß nicht bloß Material aufgehäuft, sondern auch gesichtet werde; es fehle noch eine vergleichende Darstellung.

Abg. v. Roggenbach empfiehlt in einer warmen Ansprache dem Hause die Unterstützung der Meteorologie in unserm Lande, das in hervorragender Weise durch seine wechselnde Höhenlage berufen sei, durch Errichtung meteorologischer Stationen eine Lücke in diesem Reize auszufüllen, die bis jetzt schwer empfunden worden. Die Einführung von 10 bis 12 Stationen auf dem Schwarzwald und in den Rheinuferungen würde durch die Anschaffung der Instrumente etwa 2000 fl. in Anspruch nehmen. Die Untersuchungen würden von einer Reihe von Personen, die bereits schon sehr viel Interesse für diese Wissenschaft hegten, gerne übernommen werden, und dürfte die Inspektion der einzelnen Stationen dem statistischen Bureau zuzuschicken sein.

Geh. Referendar Dr. Diez: Es sei der Regierung erwünscht, daß dieser Gegenstand zur Sprache gebracht sei. Die Frage sei von anerkannter Wichtigkeit und besonders für die Landwirtschaft von anerkanntem Nutzen. Wenn die Regierung Hoffnung habe auf Genehmigung der Mittel, werde sie mit einer betreffenden Vorlage nicht zurückhalten.

Abg. Gerwig unterstützt den Wunsch des Abg. v. Roggenbach, hält aber die Sternwarten für die wissenschaftlichen Vertreter der Meteorologie; doch überlasse er die nähere Erörterung der Frage vertrauensvoll der Regierung.

Der Abg. Kirchner schließt sich ebenfalls dem Wunsch an, und glaubt versichern zu dürfen, daß, falls eine Vorlage schon auf diesem Landtag gemacht würde, die Regierung auf keinen Widerstand stoßen werde.

Tit. III. Für Beförderung der Gewerbe werden in Anforderung gebracht je 17,400 fl. und auch genehmigt.

Abg. Hebling: Die Position für Beförderung der Uhrenmacherei auf dem Schwarzwald sei ganz aus dem Budget verschwunden und diese nun ganz sich selbst überlassen. Die Bedenken, die für Aufhebung der Uhrenmacherschule angeführt worden, seien nicht gegründet. Ein ganz wesentliches Verdienst habe sich die Schwarzwälder Uhrenmacherei durch Aufnahme der modernen Formen erworben. Vollständige Selbsthilfe sei hier geradezu unmöglich. Die Regierung möge wenigstens eine größere Anzahl Preise für geschmackvolle Uhrengehäuse in Aussicht stellen.

Geh. Referendar Dr. Diez: Nicht alle modernen Formen haben Eingang gefunden; die Gewerhalle in Furtwangen werde sehr berücksichtigt; die Preisauschreiben haben den gewünschten Erfolg nicht gehabt. Die Regierung werde es an Unterstützung nicht fehlen lassen.

Abg. Gerwig: Die Geschmacksrichtung sei bei uns im Allgemeinen noch auf einer sehr niedern Stufe. Bildung für richtigen und guten Geschmack würde nur durch vortreffliche Zeichenschulen erzielt. Er kenne den Separatistengeist aus Eiferjucht bezüglich der Konkurrenz unter den Schwarzwäldern genau. Die Regierung wolle ein einheitliches Zusammenwirken fördern durch Errichtung einer Art Zentral-Gewerbvereins.

Geh. Referendar Dr. Diez nimmt hiervon Kenntniß und hofft, durch den dreijährigen Lehrkurs an den Seminarien werde auch im Zeichnen mehr geleistet werden. Es fehle auch an einer gehörigen Benützung der Landes-Gewerbhülle dahier.

Abg. Paravicini: Man müsse nicht bloß den Geschmack

bilden, sondern auch für den Absatz der Produkte sorgen, und der mangle.

Abg. Gerwig führt hiegegen besonders den Absatz nach Frankreich an, der noch vermehrt worden durch den jüngsten Handelsvertrag.

Abg. Falter unterstützt den Wunsch des Abg. Hepting. Die Einnahmen der Landwirtschaft und der Landes-Geflügelanstalt betragen für 1866 845 fl. und 1425 fl. für 1867 je 15,617 fl.; die Ausgaben für erstere 50 fl., für letztere 858 fl.

Der Kommissionsbericht beantragt Forterhebung des Sprunggeldes mit 3 fl. und Abschaffung des Fohlgeldes, das auf 4025 fl. veranschlagt ist. Die Einnahme beider Anstalten würde sich hiernach für 1866 auf 12,437 fl. und für 1867 auf 13,017 fl., die Ausgabe auf 50 fl. bzw. 773 fl. stellen.

Abg. Koder bedauert sehr, daß die Summe von 10,000 fl. für Ankauf von Stuten im Budget fiktiv sei. Er wünsche lebhaft, daß dieser Betrag für Beförderung der Pferdezucht wieder aufgenommen, die Zahl der Hengste nicht vermehrt und für Beschäler Prämien von 100–300 fl. ausgesetzt werden.

Die Abgg. Haus, Koder und Paravicini sprechen für den Kommissionsantrag.

Abg. Friderich: Die Anschaffung von Stuten habe sich nicht bewährt, indem die Nachzucht nicht entsprach. Er stimme für Erhebung beider Geider, und zwar eines Fohlgeldes von 5 fl. Im Großen und Ganzen sei erwiesen, daß sich die Pferdezucht gebessert habe; ein Beweis sei, daß die Kriegsverwaltung eine große Anzahl inländischer Pferde kaufe; auch die Preise seien gestiegen.

Abg. Kirsner stimmt für den Kommissionsantrag und will die Maßregel der Erhebung von 200 fl. aus den einzelnen Kreisverbänden nicht bloß aufgehoben, sondern aufgehoben wissen.

Abg. Heilig ist von den Landwirthen seines Bezirks dahin instruiert, für Beibehaltung des Fohlgeldes zu stimmen und den Aufwand von 10,000 fl. für Stuten wieder herzustellen.

Abg. v. Roggenbach: Es werden wenige Mitglieder im Hause sein, denen nicht spezielle Aufträge in dieser Frage zugeteilt sind; doch sei es natürlich unmöglich, all' den Wünschen zu entsprechen. Dem Abg. Friderich müsse er bescheiden, daß sich die Pferdezucht gehoben habe, indem die Pferdezüchter schlechter geworden seien, dadurch, daß sie vom eigentlichen Zweck der Nachzucht sich entfernten und die Stuten weniger hiezu benutzten, als anderwärts ausnützten. Wenn die Pferdezüchter wieder zur richtigen Einsicht gelangt seien, könne auch von Wiederherwendung der eingestellten Summe von 10,000 fl. mit Grund die Rede sein. Eine große Prämierung für Haltung von Privathengsten unter gewisser Aufsicht sei sehr empfehlenswerth zur Herbeiführung einer Konturnenz.

Geh. Referendar Diez: Von den Landwirthen selbst werden unrichtige Angaben gemacht, und darum seien auch die statistischen Verzeichnisse nicht ganz richtig. Er stimme dem Hrn. Vorredner bei und bemerke, daß diese 10,000 fl. nur für diese Budgetperiode ausfallen.

Abg. Schauss fügt noch den Wunsch an, daß man die Hengste bloß einstelle und nicht käuflich überlasse.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Die Sitzung dauerte bis 1 1/2 Uhr. (Schluß folgt.)

† Karlsruhe, 12. März. 16. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 13. März, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Beratung des von dem Abg. Paravicini erstatteten Berichts der Budgetkommission über das ordentliche Budget des großh. Handelsministeriums für die Jahre 1866 und 1867.

Deutschland.

× **Frankfurt**, 11. März. Wir haben bereits mitgeteilt, daß die eine Bitte des Rostocker Magistrats um Wiederherstellung des von ihm gefällten, von der mecklenburgischen Regierung aber aufgehobenen Urtheils vom 3. Okt. 1864 in der mehrerwähnten Untersuchungssache gegen Dr. Kippe und Genossen wegen Beteiligung am Nationalverein von der Bundesversammlung abgewiesen, während dessen zweite Bitte um Eröffnung des Rechtsweges vorerst insoweit berücksichtigt worden ist, daß die mecklenburgische Regierung durch Bundesbeschl. vom 22. Febr. ersucht wurde, die Gründe mitzutheilen, warum sie dem Magistrat die Betretung des Rechtsweges verweigert hat. Letzteres ist bekanntlich in der letzten Bundestags-Sitzung von dem mecklenburgischen Gesandten geschehen. Für jene Rechtsabweisung hatte die Reklamationskommission als Grund geltend gemacht, daß „die h. Versammlung nicht berufen und berechtigt sei, landesherrliche Regierungsmaßregeln aus eigener Mächtvollkommenheit aufzuheben und andere an deren Stelle zu setzen.“ Bei der Abstimmung am 22. Febr. wurde zwar den Ansuchen antrag allseitig zugestimmt, ohne daß jedoch alle Regierungen sich die Motivierung durchweg aneigneten. Einige, z. B. Sachsen, Württemberg, Großherzogthum Hessen und die sächsischen Häuser, stimmten nur unter der Voraussetzung zu, daß die Abweisung des ersten Gesuchs nur aus formellen Gründen erfolge und dadurch der nach Maßgabe der Bundesgesetze zu bewirkenden Abhilfe der Beschwerde, sofern sie sich nach der Erklärung der mecklenburgischen Regierung als begründet erweise, in keiner Weise vorgegriffen werden sollte.

○ **Stuttgart**, 10. März. Ihre Maj. die Königin Olga hat heute mittelst Extrazugs die Reise nach Rußland zur Feier der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars angetreten, und wird Ihre Maj. einen ganz kurzen Aufenthalt in Weimar, einen etwas längeren in Berlin nehmen, von wo die Reise mit Ihrer Kaiserl. Hoheit der Frau Prinzessin Wilhelm von Baden fortgesetzt wird. Die Abwesenheit Ihrer Majestät wird 2 bis 3 Monate dauern.

× **Hamburg**, 8. März. (Nat.-Ztg.) Der von Hrn. Herz. eingebrachte, das Verbot der Annahme fremder Orden

betreffende Antrag ist von dem Bürgerausschuß zur Inbetrachtung empfohlen worden. In Folge dessen fand gestern eine vorläufige Debatte über ihn statt. Der Antragsteller führte aus, im Interesse Hamburgs müsse man den Geist der Selbstständigkeit herauskehren und entgegenstehende Regungen zurückdrängen. Ob der Senat den Antrag annehmen würde, jedenfalls aber sei es gut, wenn die Bürgererschaft durch das Aussprechen ihrer Meinung über den Wirth von fremden Titeln und Orden ein Beispiel gebe. Nachdem auch Hr. Godefroy den Antrag befürwortet, wird derselbe an einen Ausschuß zur weiteren Begutachtung verwiesen.

Kiel, 8. März. Die „Kieeler Ztg.“ erklärt, daß die jüngst von den „Hamb. Nachr.“ verbreitete Nachricht, der Bundesbeschluß vom 13. Juli 1864 über das Vereinswesen werde für Holstein publizirt werden, bis jetzt der Begründung entbehre. — Aus Flensburg wird berichtet, daß am 7. März vier mit Pulver und Munition beladene Wagen, nach dem Norden gehend, diese Stadt passirt hätten.

Kiel, 9. März. (Hamb. N.) Schon vor mehreren Tagen ward eine Antwort des kaiserl. Kabinetts auf die Eingabe der Landesregierung an die Statthalterchaft, betreffend die Neuzähler-Adresse, welche auf Wunsch der Landesregierung nach Wien übermittelt war, angekündigt. Dieselbe ist gestern Mittag eingetroffen, aber nicht, wie sehr unwahrscheinlich in Aussicht gestellt war, in Form eines kaiserlichen Manifestes, sondern als Reskript an die Statthalterchaft auf deren Begleitschreiben jener Eingabe. Vermuthlich wird daher dieses Reskript auch kaum zur amtlichen Publikation kommen. Dasselbe billigt übrigens vollkommen die Weise, in welcher sich die Landesregierung gegen die Angriffe der Neuzähler-Adresse verhält, und spricht direkte Anerkennung für das Bemühen der Landesregierung, die Landesgesetze aufrecht zu erhalten und für ihre treue Pflückerfüllung aus. In der Eingabe hatte sich die Landesregierung vorbehalten, gegen die Unterzeichner der Neuzähler-Adresse gerichtliche Schritte anzuordnen. Es ist abzuwarten, ob solche zur Ausführung kommen werden. Die k. Statthalterchaft hat auch in ihrem, die obige Eingabe begleitenden Bericht davon abgerathen, daß die kaiserl. Regierung solche Schritte genehmige, welche dem ganzen Charakter, in dem die Verwaltung Holsteins seit dem 15. September durch die kaiserl. Behörden geführt ist, nicht entsprechen würde. Die dem Antrag gemäß spricht sich auch, wie wir erfahren, das Wiener Reskript aus. — Die Budgetkommission und die Mitglieder der Landesregierung waren gestern zur Tafel des Statthalters gezogen.

Kiel, 9. März. Hier ist eine Erklärung bisheriger schleswig'scher Volksvertreter erschienen, welche die am 29. Dez. 1863 von 49 Abgeordneten und Stellvertretern des Herzogthums Holstein und am 16. Sept. 1865 von 31 holsteinischen Landesvertretern an die deutsche Bundesversammlung gerichteten Eingaben recapitulirt und daran folgendes knüpft:

Den vorstehenden Erklärungen der Majorität der holsteinischen Abgeordneten treten die Unterzeichneten, bisherige Abgeordnete und Stellvertreter der schleswig'schen Ständeversammlung, mit folgender Erklärung bei:

- 1) Die Herzogthümer Schleswig-Holstein sind in ihrer untrennbaren Vereinigung ein selbständiger Staat.
- 2) Nach der Erklärung Preußens, Oesterreichs und des Deutschen Bundes (London, den 28. Mai 1864), dem Wahrspruch der juristischen Fakultäten Deutschlands und dem alten Landesrecht ist Herzog Friedrich zur Thronfolge in Schleswig-Holstein berufen.
- 3) Oesterreich und Preußen haben den Krieg gegen Dänemark begonnen im Interesse Deutschlands und zum Schutz der Rechte Schleswig-Holsteins. Sie sind nicht beizutreten, Schleswig-Holstein als ein erobertes und seiner verfassungsmäßigen Rechte beraubtes Land zu behandeln.
- 4) Ein Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen im Sinn einer Einigung Deutschlands und in rechtsbeständiger Weise, d. h. durch Vereinbarung der beiderseitigen Landesherren und mit Zustimmung der beiderseitigen Landesvertretungen, liegt im eigenen Interesse des Landes. Kiel, im Januar und Februar 1866. (gez.) A. Z. Thomjen. E. Funke. A. L. Römer. J. Paulsen. A. Hansen. J. Timm. E. Baubiffin. C. E. Clausen. M. P. Kastran. C. Eppsen. S. Hansen. H. Baubiffin. P. Fr. Martensen. P. Behnde. J. Wulf. J. D. Arp. C. L. Esben. S. v. Hobe. J. Nissen. P. Feddersen. S. Kähl.

Nagelburg, 8. März. (Lüb. Ztg.) Der Debit aller in Preußen verbotenen Zeitungen und Zeitschriften ist vom Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten den lauenburgischen Postmeistern und Postexpeditionen verboten.

Berlin, 10. März. Die Publikation des preussisch-englischen Schiffahrts-Vertrages ist im gestrigen „Staats-Anzeiger“ in derselben Form erfolgt, in welcher sonst Handelsverträge publizirt werden. Der „Staats-A.“ bringt nämlich zunächst den Text des Vertrages und darunter die Bemerkung, daß die Ratifikationen am 24. Febr. in Berlin ausgetauscht seien. So wenig, wie sonst bei Publikation von Handelsverträgen der erfolgten Zustimmung beider Häuser des Landtages gedacht wird, ebenso wenig ist in diesem Fall der vorbehaltene Zustimmung, die nach Art. 48 der Verfassung unbedingt notwendig ist, gedacht worden.

Berlin, 10. März. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ bringt heute folgenden offiziellen Artikel:

Unsere kleine Notiz über gewisse Anordnungen des Kriegsministeriums, die Mobilmachung der Berliner Landwehren betreffend, eine Notiz, die zur Verfügbung der Gemüther bestimmt war, welche sich in der letzten Zeit bei dem Sabotageakt der Wiener und auch der hiesigen Journalisten aufgeregt hatten, diese Notiz, sagen wir, ist — ein eigenhämliches Zeichen der Zeit — mehrfach gerade im entgegengesetzten Sinn gedeutet worden.

Und doch sollte sich Jedermann bei ernstem, ruhigem Nachdenken sagen müssen, wie absurd im neunzehnten Jahrhundert der Gedanke ist, Preußen werde, mitten im tiefsten Frieden Europa's, plötzlich das Schwert ziehen, um, die Kabinettpolitik früherer Jahrhunderte kopirend, über einen Gegner herzufallen, der noch gestern sein Alliiirter war.

Allerdings müssen wir sagen: Oesterreich war unser Alliiirter. Aber wenn auch diese Allianz in Folge der Wendung, welche die österreichische Politik seit dem Herbst des vorigen Jahres genommen hat, ihr Ende erreichen mußte, so ist doch immer noch ein weiter Schritt von dem ehemaligen Alliiirten bis zu dem Gegner, von dem Aufgeben einer Allianz bis zu einem Krieg.

Und nun gar dieser Krieg, dessen Ausbruch sich gewisse Geister in denselben Weise zu denken scheinen, wie den Einmarsch der preussischen Truppen im Jahr 1740 in Schlesien, oder im Jahr 1756 in Sachsen, wo eine Nachricht, um von Berlin nach Wien zu gelangen, mehr Wochen brauchte, als jetzt Minuten!

Nein, man beunruhige sich nicht vor der Zeit. Man führt heut zu Tage keine Kabinettskriege mehr. Ohne daß große nationale Interessen in's Spiel kommen, mußet man den Völkern nicht die Opfer zu, welche ein großer Krieg in seinem Gefolge hat.

Wir brauchen unser Beispiel nicht von dem Krieg in der Krim, nicht von dem italienischen Feldzug herzuholen, gerade auch die schleswig-holsteinische Frage, in welcher die deutschen Großmächte Jahre hindurch den Weg der Unterhandlungen verfolgten, ehe sie zum Schwert griffen, hat dies bewiesen. Und jetzt, wo wenigstens dieser nationale Zweck erreicht ist, wo das, was zu Deutschland gehörte, Deutschlands geworden ist, kann diese Frage eben nur noch eine sekundäre Bedeutung haben. Wenn sie dennoch die Gemüther in Deutschland beunruhigt, so hat dies einen andern Grund, der allerdings schwerer in's Gewicht fällt.

Wir meinen die deutsche Bundesverfassung, welche gerade während der schleswig-holsteinischen Frage recht deutlich den Beweis geliefert hat, daß sie, in ihrer gegenwärtigen Weise gehandhabt, aus Deutschland ein andres Polen zu machen droht, dessen innere Streitigkeiten jeden Augenblick die Intervention des Auslandes herbeiführen können.

Der Tod des Königs von Dänemark und der Ausbruch des Krieges haben die Bundesreform-Frage in einem Augenblick abbrechen lassen, in welchem Preußen seine Ansichten über diesen Gegenstand mit Präzision und Klarheit entwickelt hatte; und gerade die den Krieg begleitenden und ihm nachfolgenden internen Bewidlungen haben einen neuen Beweis geliefert, wie nothwendig es ist, dem Antrag dieser Frage die Aufmerksamkeit in Deutschland zuzuwenden.

○ **Berlin**, 11. März. J. M. der König und die Königin wohnten am Freitag Abend mit andern Mitgliedern des Königshauses in Potsdam einem vom Offiziercorps der 1. Garde-Kavalleriebrigade veranstalteten Caroussel-feiertag bei. Gegen 10 Uhr trafen Höchstselben von Potsdam hier wieder ein, fuhrten mit dem Kronprinzen gleich vom Potsdamer nach dem Anhaltischen Bahnhof, und begrüßten dort Ihre Kaiserl. Hoheit die Frau Prinzessin Wilhelm von Baden bei deren Ankunft aus Karlsruhe. Zum Empfang der erlauchten Frau waren der Stadtkommandant und mehrere hohe Hofchargen, sowie die Gesandten von Rußland und Baden auf dem Bahnhof anwesend. Höchstselbe fuhr mit Ihrer Maj. der Königin nach dem Palais und nahm dort Wohnung. Bald darauf war zu Ehren Ihrer Kaiserl. Hoheit bei den Königl. Majestäten eine Gesellschaft im engeren Zirkel. Die Frau Prinzessin Wilhelm von Baden statete gestern Vormittag den hier anwesenden Mitgliedern des Königshauses Besuche ab und empfing deren Gegenbesuche. Mittags begab Höchstselbe sich zu Ihrer Maj. der Königin-Witwe nach Charlottenburg. Nachmittags war Ihre Kaiserl. Hoheit bei den Königl. Majestäten zur Tafel.

Heute früh um 6 Uhr kam Ihre Kaiserl. Hoheit die Königin von Württemberg hier an. Höchstselbe wurde auf dem Anhaltischen Bahnhof von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen August von Württemberg, sowie dem hauptstädtischen Gouverneur, dem Stadtkommandanten, den Gesandten von Rußland und Württemberg, sowie anderen hochgestellten Personen empfangen und nahm im Kaiserl. russischen Gesandtschaftshotel Wohnung. Dort wurde die erlauchte Frau heute Mittag von den Königl. Majestäten und mehreren Mitgliedern des Königshauses begrüßt, worauf Höchstselbe den hier anwesenden hohen Herrschaften, sowie Ihrer Maj. der Königin-Witwe in Charlottenburg Besuche abstattete. Nachmittags war zu Ehren der hohen Gäste bei den Königl. Majestäten große Tafel. Dem Vernehmen nach werden Ihre Maj. die Königin von Württemberg und Ihre Kaiserl. Hoheit die Frau Prinzessin Wilhelm von Baden morgen Abend um 10 Uhr Berlin wieder verlassen, um ihre Reise nach St. Petersburg fortzusetzen.

In vielen Geschäftskreisen, namentlich an der Wiener Börse, gibt man neuerdings dem Gedanken Raum, daß den Differenzen zwischen Preußen und Oesterreich in Betreff der Herzogthümerfrage bereits die Spitze abgebrochen sei. Diese Auffassung wird sich allen Verhältnissen nach höchst wahrscheinlich als irthümlich erweisen. Bis jetzt sind die Differenzen noch gar nicht zu ihrem Kulminationspunkt gelangt. Durch die Umstände werden sie aber diesem Punkte gedrängt, weil Preußen mehr und mehr sich entschlossen zeigt, die schleswig-holsteinische Angelegenheit alsbald zum definitiven Austrag zu bringen.

Wien, 9. März. (N. Frkf. Ztg.) Der Sektionschef des Handelsministeriums und ehemaliger Verwaltungsrath der Südbahn, Blumfeld, ist gestorben. Durch den „Volksfreund“ glaubt man an Selbstmord. Die Gründung einer Eisenbahn-Bank, welche sich die Bauübernahme neuer Bahnen zur Aufgabe macht, ist gesichert. Fürst Kusa ist heute angekommen.

Wien, 10. März. Die offiziöse „Wien. Abendpost“ reproduzirt den Artikel der Berliner „Provinzialkorresp.“ über die Beziehungen Oesterreichs zu Preußen und macht dazu folgende Bemerkungen: Die Anklagen, sagt das Wiener Blatt, seien ziemlich allgemeiner Natur. Die „Provinzialkorresp.“ habe es vermocht, den Beweis für die angeführten Thatsachen anzutreten. Es wäre interessant gewesen, zu erfahren, aus welchen Thatsachen hervorgehen sollte, daß die österreichische Verwaltung in Holstein den Gegenstand gegen Preußen zu ihrem leitenden Gesichtspunkt gemacht habe, und welche Momente in dem Vorgehen der österreichischen Regierung mit dem Begriff der Bundesgenossenschaft unvereinbar seien. Es sei ganz richtig, daß die Einigung zwischen Oesterreich und Preußen zu Stande kam, weil in ihr eine

Bürgerschaft erblickt wurde für die Durchführung des deutschen Rechtes in den Herzogthümern und eine Bürgerschaft für eine kräftige Wiederaufrichtung der deutschen Macht und des deutschen Einflusses.

Im Verlauf der Darlegung würden jedoch Preußens Ehre und Preußens Interessen in einer Weise betont, welche der „Provinzialkorresp.“ selbst die Vermuthung hätte nahe legen können, daß die Forderungen der preußischen Interessen in der Entwicklung der Frage über jene ersten Zielpunkte hinausgegangen seien. In Betreff der Verwaltung Holsteins habe Oesterreich nur von den ihm durch den Gasteiner Vertrag eingeräumten Rechten Gebrauch gemacht, und so wenig es Willens sei, eine Kontrolle der preußischen Verwaltung in Schleswig auszuüben, so wenig könne es geneigt sein, Preußen diese Kontrolle über seine Verwaltung in Holstein zuzugestehen. Oesterreich habe übrigens eine solche Kontrolle nicht zu scheuen, zumal es bei seiner Verwaltung billige Rücksicht auf spezifisch preußische Interessen genommen habe. Schon in gewissen Zugeständnissen des Gasteiner Vertrags habe diese Berücksichtigung ihren Ausdruck gefunden und sei überdies für die definitive Gestaltung der Dinge in Aussicht gestellt worden. Die preußischen Interessen aber ohne Weiteres und geradezu mit den allgemeinen deutschen Interessen zu identifizieren, werde der österreichischen Regierung schwerlich zugemuthet werden dürfen.

Aus Bukarest wird gemeldet, daß die Regierung, der Senat und die Kammer je zwei Deputirte zur Konferenz nach Paris entsenden.

Wien, 10. März. Einem Pesther Telegramm der „Indep.“ zufolge wird der Entwurf der Adresse auf das Reskript an den Landtag in der am nächsten Montag stattfindenden Sitzung vorgelegt werden. Der Entwurf hält alle Forderungen des Landtags aufrecht.

Wien, 11. März. Die amtliche „Wien. Ztg.“ enthält einen Bericht über die gestern stattgehabte Ueberreichung des Ordens der Ehrenlegion an den Kronprinzen und eines Handschreibens des Kaisers Napoleon an den Kaiser Franz Joseph durch den Herzog v. Gramont. Letzterer begleitete die Ueberreichung mit folgenden Worten: „Die beiden Nationen werden mit gleicher Befriedigung diesen Beweis der Achtung und Freundschaft sehen, welche die beiden Höfe verbindet; sie werden darin auch den gegenseitigen Wunsch erblicken, die Beziehungen fester zu knüpfen, welche beide Völker nahe verbinden und welche sich mit der Zeit unter dem glücklichen Einfluß von Konventionen noch vermehren werden, die ebenso Oesterreich wie Frankreich zum Nutzen gereichen.“ Der Kaiser erwiderte: „Ich sehe mit lebhafter Befriedigung Alles an, was die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern fester knüpfen kann. Die von Ihnen in dieser Hinsicht ausgesprochenen Wünsche stimmen vollkommen mit meinen persönlichen Gefühlen überein.“

Italien. Florenz, 4. März. (Kön. Ztg.) Erwägt man, daß Marquis Pepoli als sicheres Mittel, um alle Einwendungen gegen den Handelsvertrag mit dem Zollverein zu beseitigen, immer wieder die Erklärung anwandte, daß Oesterreich durch diesen Vertrag isolirt werde, so kann man sich schon eine Vorstellung von der geringen Geneigtheit machen, welche hier noch immer gegen eine handelspolitische Verständigung mit Oesterreich herrscht. Frankreich zieht sich allmählig mit seiner Vermittlung zurück, und Oesterreich scheint nicht geneigt, mehr als halbe Schritte im Entgegenkommen zu thun. Wenn also Alles beim Alten bleibt, so wird sich die Regierung nicht darüber betrüben, und das Land noch weniger. Jedoch hat man das betreffende Projekt immerhin noch nicht von der Hand gewiesen; doch erwägt man es sehr sorgfältig, und zwar hauptsächlich nach seiner politischen Seite. Und da ist leicht begreiflich, daß Italien in diesem Augenblicke weniger als je einen Vortheil darin erblickt, sich durch irgend eine Verbindung mit Oesterreich die Freiheit seiner Bewegungen zu beeinträchtigen. Daher ist es nicht wahrscheinlich, daß das von Oesterreich gewünschte Abkommen bereits seiner Verwirklichung nahe gerückt sei.

Florenz, 6. März. (Kön. Ztg.) Die Budgetkommission ist in eifriger Thätigkeit, wird aber dennoch ihren Bericht kaum vor Mitte April der Kammer unterbreiten können. In einer ihrer nächsten Sitzungen wird sie den Finanzminister eruchen, das Budget für 1867 mit 30 Millionen Ersparnissen einzubringen. — Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat einen Gesetzentwurf eingebracht, durch welchen die Regierung ermächtigt wird, für eine von der Gesellschaft der römischen Bahnen beabsichtigte Anleihe eine Zinsgarantie von 4,800,000 Fr. zu bewilligen. Diese Gesellschaft gehört allerdings ebenfalls zu den Schmerzenskindern der Regierung. Mit dem Bau der Eisenbahn wird man schwerlich schon in der nächsten Zukunft vorgehen können. Die Subventionsfrage ist noch lange nicht entschieden, wenn Jacini sie auch auf dem Papier in folgender Weise geregelt hat: Es sind im Ganzen 90 Mill. Fr. aufzubringen; Italien würde dazu die 29 Mill. beitragen, welche ihm Frankreich für die Durchbohrung des Mont-Cenis schuldet; außerdem erwartet man von den betheiligten Provinzen und Städten einen Zuschuß von 16 Mill. Die lombardische Bahn hat 10 Mill. versprochen, 20 Mill. soll die Schweiz beisteuern, und von den verschiedenen deutschen Regierungen hofft man 15 Mill. zu erlangen.

Florenz, 10. März. (Presse.) Es wird bestätigt, daß 30,000 Mann von der Jahresklasse 1844 einberufen werden. — Die Florentiner Zeitung sagt, daß General Durando Italien bei der Pariser Konferenz vertreten wird.

Marseille, 10. März. Briefe aus Rom, 7. d., melden, daß der Papst dem italienischen Deputirten Casar Cantu eine lange Audienz vergönnt hat. Man versichert übrigens fest, daß Letzterer durchaus keine politische Mission habe. Der Kardinal Andreä hatte beschlossen, wieder nach Rom zurückzukehren. Der Papst hatte zu diesem Entschluß seine Zustimmung gegeben unter der Bedingung, daß der

Kardinal sich im Vatikan vorstellte. Die Abreise des Barons v. Meyendorff ist auf nächsten Monat festgestellt.

Frankreich.

Paris, 10. März. Der „Abendmoniteur“ schreibt: „Die Konferenz der Vertreter der Mächte, welche den Vertrag von Paris unterzeichnet haben, nämlich Frankreich, Oesterreich, Großbritannien, Italien, Preußen, Rußland und die Türkei, berufen, um über die Fragen zu berathen, welche durch die Ereignisse von Bucharest in den Donaufürstenthümern aufgeworfen worden sind, hat heute, den 10. März, ihre erste Sitzung im Ministerium des Auswärtigen unter Vorsitz des Hrn. Drouin de Lhuys abgehalten.“ — Dem „Bays“ zufolge wird Prinz Napoleon zum 15. März in Paris zurück erwartet. — Der Kronprinz von Dänemark ist, wie die Abendblätter melden, gestern Abend von Brüssel hier eingetroffen. Er ist im Hotel Bristol am Vendôme-Platz abgestiegen, und wird, wie behauptet wird, zwei Monate lang hier bleiben. — In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers sprach zuerst Rouyer = Querrien, hauptsächlich um nachzuweisen, daß die von seinem Amendement begehrt Steuer von 2 Franken per Hektoliter nicht zu hoch, sondern nur eine Kompensation der Steuerlast sei, welche den Hektoliter französischen Getreides drücke. Nach ihm sprach Baron Benoist. Wie es heißt, könnte das Amendement wohl von nahe an 100 Mitgliedern unterstützt werden, und vielleicht gar mit dieser oder jener Modifikation der Kommission zur Ueberarbeitung zugewiesen werden. — Rente 69.67 1/2, Cred. mob. 69.75, ital. Anl. 62.07 1/2.

Belgien.

Brüssel, 9. März. (Kön. Ztg.) Das Abgeordnetehaus hat heute in langer und theilweise stürmischer Sitzung den Antrag des Hrn. Gouverneur auf eine parlamentarische Untersuchung über die Frage, wie die Organisation der Armee mit den Bedürfnissen der Nationalverteidigung und mit der Finanzlage des Landes in gleichzeitiger Einklang zu bringen sei, beraten. Der Finanzminister beläugelte den Antrag heftig, indem derselbe die der Regierung zukommende Verantwortlichkeit auf die Gesetzgebung übertragen wollte. Indessen schien das allgemeine Gefühl des Hauses dem Gouverneur'schen Vorschlag eher günstig zu sein, was schon daraus hervorging, daß ein Antrag auf Schluß der Debatte mit 49 gegen 40 Stimmen abgelehnt ward. Die Ministeriellen hielten es dennoch für gerathen, nicht direkt gegen die beantragte Untersuchung aufzutreten, und begnügten sich damit, die Vertagung des Vorschlags zu beantragen, bis die Vorlage des vom Kriegsminister verpropagierten Berichts der Enquete eine thatsächliche Basis werde geliefert haben. Dieser Antrag auf Vertagung wurde mit 49 gegen 39 Stimmen genehmigt.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 11. März. (W. L. Z.) Das heutige „Petersburg. Journ.“ sagt: Die gestrige Konferenzsitzung in Paris war eine rein formale. Rußland wurde von dem ersten Stellvertreter des Botschafters, Frhrn. v. Bubberg, welcher Letztere erst gestern Petersburg verlassen hat, vertreten.

Wie dem „Nord“ aus Petersburg telegraphirt wird, ist Baron Budberg gestern Abend von dort abgereist, um sich sofort auf seinen Posten nach Paris zu begeben und an der rumänischen Konferenz Theil zu nehmen.

Großbritannien.

London, 9. März. Parlamentsverhandlungen vom 8. März.

Im Oberhause schleppt sich die endlose Hun'sche Viehschaden-Bill nach Ueberwindung verschiedener, von viehfreundlichen Peers gestellter Verbesserungsvorschläge endlich durch die Komitteesberatung. Die Bill wird schließlich logisch zum dritten Mal gelesen.

Im Unterhause wird die zweite Lesung der Parliamentary-Datos-Amendement-Bill [Einführung einer gleichlautenden Eidesformel für Parlamentsmitglieder aller religiösen Bekenntnisse] der Tagesordnung gemäß beantragt. Disraeli (der im vorigen Jahr eine fast vollkommene ähnliche, von W. Russell eingebrachte Bill entschieden bekämpft hatte) erklärt, daß die jetzt gebrauchte Eidesformel zwar, wie er gesehen müsse, manchen veralten und für ein katholisches Obergehalt lügendes Aussehen enthalte, aber die vorgeschlagene neue Formel scheine ihm andererseits allzu tahl und dürrig. Seiner Meinung nach sollte sie den Schwörenden nicht nur zur Treue gegen Ihre Majestät persönlich, sondern auch zur ausschließlichen Anerkennung ihrer gesetzlichen Erben und Nachfolger verpflichten, und ebenso die Anerkennung des Supremats der Krone in allen Gerichtsinstanzen des Landes aussprechen. Er wolle der zweiten Lesung nicht entgegenzutreten, aber eine Formel vortragen, die seiner Meinung nach jeder Katholik ohne Bedenken schwören könnte und die das Komitee in Erwägung ziehen möge. Sir G. Grey ist über diese Auseinandersetzung des konservativen Führers sehr erfreut und will nur dagegen bemerken, daß die protestantische Thronfolge zu ihrer Sicherheit gar nicht des Eides bedürfte, sondern auf dem Gesetz (der Act of Settlement) beruhe. Indessen solle Disraeli's Formel von der Regierung redlich und aufrichtig erwogen werden. Sir G. Cairns bemerkt sich, zu zeigen, daß die konservative Partei ihrem vorjährigen Standpunkt treu bleibe und daß Disraeli's Verbesserungsvorschläge ganz unumgänglich nöthig seien. Der hochkonservative Newdegate dagegen sagt seiner eigenen Partei in's Gesicht, daß sie den alten Standpunkt kleinmüthig verlassen habe, erklärt die ganze Bill für einen hinterlistigen Angriff auf die Verfassung, und stellt das Amendement, daß sie nicht über, der Form, nach in 6 Monaten gelesen werde. Whalley (sein potenzieller Newdegate) zieht gegen die Neuerung noch leichensüchtiger zu Felde, behauptet, daß die neulichen Schläppen der englischen Truppen in Neuseeland das Werk der dortigen katholischen Geistlichkeit gewesen seien und daß der katholische Erzbischof von Dublin in einer kürzlich erschienenen Schrift einen noch lebenden Abkömmling Jakob's II. als den wahren Souverän Englands dargestellt habe. L. Chambers spricht im Sinne Disraeli's. Die zweite Lesung wird darauf mit der ungenügendlichen großen Majorität von 298 gegen 5 genehmigt.

Im Subdientenkomitee werden nach längerer Diskussion acht bis zehn Posten des Armeebudgets bewilligt, und im Lauf der Debatte erklärt Lord Elcho, daß es nach der Aussage des Eisenbahn-Etables der freiwilligen-Armee gegenwärtig ein Leichtes sein würde, binnen 30 Stunden auf jeden beliebigen Punkt in einer gewissen Entfernung

von der Hauptstadt 150,000 M. Infanterie, 60,000 M. Kavallerie mit mehr als 100 Kanonen und 80,000 Eisenbahn-Arbeitern als Schanzgräber zu konzentriren. — Die Sitzung schließt 10 Minuten nach 1 Uhr Morgens.

London, 9. März. In Dublin ist gestern wieder ein ehemaliger amerikanischer Stabsoffizier — er nennt sich Oberstleutnant Byrne — verhaftet worden. Im Ganzen sollen, nach Angaben des Dubliner Times-Korrespondenten, seit der Aufhebung der Habeas Corpus-Acte, 176 Verhaftungen, darunter 42 gegen aus Amerika zurückgekehrte Irländer, vorgenommen worden sein.

Aus Lissabon ist die telegraphische Meldung eingetroffen, daß der groß, der „Westindia und Pacific Steam Navigation Company“ gehörige Schraubendampfer „Grenadian“ Angesichts der Azoren verunglückt sei. Das Schiff mußte im Stich gelassen werden; Mannschaft und Reisende sind gerettet.

Baden.

Karlsruhe, 11. März. An der groß. badischen Polytechnischen Schule zu Karlsruhe sind vor kurzem besondere, jährlich einmal abzuhaltende Prüfungen eingeführt worden, durch welche den jungen Männern, welche eine technische Hochschule absolviert haben, die Gelegenheit zur Erwerbung eines Diploms gegeben wird. Durch dasselbe soll der Examinand, welcher die Prüfung bestanden hat, als tüchtig für sein Fach wissenschaftlich ausgebildet von der Schule empfohlen und dadurch namentlich den Ausländern, sowie den sich nicht dem Staatsdienst widmenden Inländern ein Aequivalent für eine Staatsprüfung geboten werden. Diese Einrichtung, auf den Wunsch der Studirenden selbst in's Leben gerufen, wird ihren Zweck um so mehr erfüllen, je mehr die Diplome sich die öffentliche Achtung erwerben, welche sie auf Grund der strengen und umfassenden Prüfungsordnung und der dadurch bedingten Sicherheit des Urtheils wohl verdienen. In Folge der in diesem Winter zum ersten Mal abgehaltenen und jüngst beendigten Prüfungen wurde das Diplom zuerkannt: für das Ingenieurfach dem H. H. Karl Habich von Achern, Karl Müller von Sieben, Emerich Werner von Mainz; für das Maschinenbaufach dem Hrn. Julius Hermannus von Freiburg; für das Baufach dem Hrn. Heinrich Jester aus Speyer.

St. Pforzheim, 11. März. Es war in Ihrem Blatt schon mehrfach davon die Rede, in welchem ungewöhnlichen Maßstab die hiesige Stadt in den letzten Jahren zugenommen hat. Ich bin in die Lage versetzt, authentische Mittheilungen über die in den letzten 9 Jahren hier vorgenommenen Bauten machen zu können. Vom 1. Jan. 1857 bis dahin 1866 wurden hier durch Neubau 250 neue Hofraiten errichtet. Derselbst wurden 272 neue Wohnhäuser aufgeführt, wovon im Augenblick 17 Häuser aber noch nicht bewohnbar sind. Hierbei ist der aus 4 Einzelgebäuden bestehende Güterhalle bestehende Bahnhof nur als ein Wohnhaus gezählt. Neue Scheuern und andere nicht eigentliche bewohnbare Räume wurden 24 gebaut, 63 ältere Wohnhäuser wurden neben andern Veränderungen durch neue Stockwerke erhöht, und in 76 älteren Hofraiten wurden Seiten- und Hintergebäude angebaut. Außerdem wurden noch an 90 Wohngebäuden umfassende Aenderungen vorgenommen. Somit beträgt die Gesamtzahl der neuen und durch weitere Stockwerke, durch An- und Hinterbauten vergrößerten oder durch umfassende Veränderungen umgestalteten Wohnhäuser und Hofraiten 525.

Im Ganzen sind nun gegenwärtig hier 959 bewohnbare Hofraiten. Rechnet man die jetzige Seelenzahl in hiesiger Stadt zu 17,000, welche Höhe wohl schon ziemlich überschritten sein dürfte, da seit der letzten Volkszählung allein wieder etwa 150 neue Familien sich hier niedergelassen haben, so kommen auf eine Hofraitte durchschnittlich etwa 18 Bewohner.

Vermischte Nachrichten.

— Aus Tübingen vom 2. März wird berichtet: „In der Sitzung beider Stadtkollegien vom 2. März gaben zwei Mitglieder des neuen Deputirtenkollegiums, nämlich die H. A. B. Fedde und J. Amus, die schriftliche Erklärung ab, daß sie es, gleich ihren entlassenen Vorgängern im Amte, mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren könnten, gemeinschaftlich mit dem Senator Joh. Ander, der in Folge des von ihm begangenen Bruchs eines unfern Herzog Friedrich seiner Zeit freiwillig geleisteten Eides schon längst die allgemeine Achtung und das Vertrauen der Bürgerschaft verloren habe, in den städtischen Sitzungen zu fungiren, und daß sie deshalb auch in der heutigen Sitzung aktiv aufzutreten außer Stande wären. Sie wurden hierauf vom Bürgermeister Gerthäuser suspendirt.“

— Wie wir so eben erfahren, ist als Zusammenkunftsort für den nächsten deutschen Journalistentag in den Pfingsttagen von dem Vorort Berlin gewählt worden. Da der Journalistentag schon zweimal im Süden war, wird man die Wahl nur billigen können, und hofft auf eine besonders starke Betheiligung.

— Palermo, 2. März. Aus Paternò in der Provinz Catania wird über eine merkwürdige Naturerscheinung berichtet. Gleich als sollten die Abhänge des Aetna mit den neuesten vulkanischen Erscheinungen im griechischen Archipel korrespondiren, öffnete sich bei Paternò der Boden an mehreren Stellen mit großer Gewalt und mit unterirdischem Dröhnen. Durch die erzeugten Oeffnungen aber fliegen gesäuerte schlammige Blasen heißen Wassers auf, welches mit Gasen vermischt ist. Da dieses Phänomen andauern zu wollen scheint, so hoffen sich diese Eruptionen vielleicht als Thermalquellen ausbeuten.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

10. März	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27.843	+ 05	N.	ganz bew.	trüb, Schneegestbr.
Mittags 2 "	" 9.83	+ 20	N.W.	" "	" Nebelregen
Nachts 9 "	" 10.73	+ 20	" "	" "	" Thauwetter
11. März.					
Morgens 7 Uhr	28.074	+ 20	N.W.	ganz bew.	trüb, Thauwetter
Mittags 2 "	" 0.40	+ 4.0	" "	" "	" trüb
Nachts 9 "	" 11.93	+ 25	S.W.	" "	" "

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Rosenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 13. März. 1. Quartal. 32. Abonnementsvorstellung. Gleich und Gleich; Lustspiel in 2 Akten, von Moritz Hartmann. Hierauf, zum ersten Mal: Nebanche; Lustspiel in 2 Akten, von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Ze. 896. Bruchsal. Heute Nacht verschied im Alter von 43 Jahren in Folge eines Hirnslags unser lieber Gatte und Vater Anton Neubeck, Gastgeber zum Rappen. Entfernten Freunden und Bekannten widmen wir diese Trauernachricht, mit der Bitte um stille Theilnahme.
Bruchsal, den 11. März 1866.
Im Namen der Hinterbliebenen:
M. Neubeck, geb. Buchmüller.
Ze. 888. Im Verlage der Unterzeichneten wird demnächst erscheinen:

Das **Strafgesetzbuch** für das Großherzogthum Baden, nebst Abänderungs- und Ergänzungsgeetzen, einschließlich der in Aussicht genommenen neuen Gesetze über Presse, Vereine und Ministerverantwortlichkeit, mit Erläuterungen von **Dr. E. Puchelt**, großh. bad. Kreisgerichtsdirektor. Wie mit diesem Werk einem längst gefühlten Bedürfnisse entsprochen wird, so bürgt der in unserer Jurisprudenz bekannte Name des Herrn Herausgebers für ein tüchtiges Werk.
Mannheim, im März 1866.
Buchhandlung von **J. Bensheimer.**

Agenten-Gesuch.
Zum Absatz eines leicht und überall verkäuflichen Artikels, wozu weder Raum noch kaufmännische Kenntnisse nöthig sind, werden Agenten gegen eine angemessene Provision gesucht. — Reflektanten belieben ihre Adresse unter den Buchstaben **B. B. No. 20** an die Expedition dieses Bl. franko einzusenden.

Commiss-Gesuch.
Ze. 882. Ein angegebener junger Mann, der französischen Sprache mächtig, wird zum sofortigen Eintritt in ein Cigarren- und Glaswaaren-Geschäft gesucht. Das Nähere zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

Commiss-Gesuch.
Ze. 877. In einer Stadt der Rheinpfalz wird für ein Manufakturgeschäft ein gros und ein detail ein gewandter Commis (Israelit) gesucht, der bald eintreten kann. Es wird besonders auch auf hinlängliche Kenntnisse in Buchführung und deutscher Korrespondenz Rücksicht genommen. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Stellegefuch.
Ze. 834. Ein Mann von Welt, vielseitiger Geschäftserfahrung, feiner Bildung und mit Sprachkenntnissen (verselbe spricht und schreibt geläufig 4 Sprachen) sucht eine Stelle als Sekretär oder Rechnungsführer einer hohen Herrschaft. Vorzügliche Empfehlungen. Gef. Anträge werden an die Expedition dieses Blattes erbeten.

C. Beuttenmüller & Co. in Bretten
erhalten sich zur Lieferung von **Feuerwehr-Helmen** in solidester Ausstattung, geschmackvoller Form und zu billigem Preise.
Muster liegen zu Diensten.

Emser Pastillen.
Ze. 908. Wir machen hiermit die Anzeige, daß wir die Niederlage unserer Emser Pastillen — bereitet aus den durch Abdampfung der Emser Mineralwasser gewonnenen Salzen — der **Königs-Apothek** von **J. Biegler** übertragen haben, mit dem Bemerkens, daß die Pastillen auch in sämtlichen andern Apotheken **Karlsruhe's** zu haben sind.
Herzoglich Nassauische Brunnenvverwaltung zu Bad Ems.
Ze. 695. Karlsruhe.

Bersteigerung von Möbeln, Holzvorräthen und Werkzeugen.
In Folge Liquidation der Gesellschaft **Häßlinger & Comp.** in Karlsruhe werden sämtliche Vorräthe fertiger und halbfertiger Möbel gegen Barzahlung öffentlich versteigert.
Dieselben bestehen in:
Sehr reicher Auswahl feinsten, geschnitzter, eingelegerter, vergoldeter und auch einfach furnirter Möbel verschiedener Geschmacks und Stils, wie Louis XIV., XV., XVI., gothisch, antique u. a. m., Kronleuchter, Jardinières, Portières, Möbelstoffe, Teppiche, Vorhangverzierungen von Bronze- und Pajementarbeit, Figuren, große Spiegel u. s. w.
Büchsenarbeiten zur Möbelfabrikation und Einzelverzierungen; besonders schöne Tischfüße.
Sämtliche Werkzeuge zur Möbelfabrikation, worunter 23 Hobelbänke mit vollständiger Zubehöre; 1 Bandhäge, 1 Zirkularhäge und dergleichen.
Ein großer Möbeltransportwagen.
Holzvorräthe; Palisander, Mahagoni, Eichen, Nussbaum und Furniere etc.
Die Versteigerung beginnt im Fabrikhof am **Montag den 19. März 1866, Morgens 9 Uhr**, und wird **Nachmittags 2 Uhr** und in gleicher Zeit an den folgenden Tagen fortgesetzt.
Sämtliche Gegenstände sind bis zum Beginn der Versteigerung jeden Werttag **Nachmittags von 2 bis 5 Uhr** zu besichtigen, und können in besagter Zeit Verkauft abgeschlossen werden.
Karlsruhe, den 1. März 1866.

Ze. 660. Saarbrücken.
Steinkohlen
in direkter Verladung durch das Königl. Bergamt mit fast stets 3—5% Uebergewicht, sowie Jahresbestellungen zu monatlichen Lieferungen vermittelt zu den billigsten Preisen
J. Jolas in Saarbrücken.

Ze. 753. Karlsruhe.
Sttlinger Naturbleiche.
Für diese seit einer Reihe von Jahren stets im besten Rufe stehende unschädliche Bleiche nehme ich auch dieses Jahr wieder die Bestellung an und sichere gute Versorgung zu.
Conradin Haegel, großh. Hoflieferant.

Ze. 910. Karlsruhe.
Carl Arleth, Großherzoglicher Hoflieferant, empfiehlt
frische Schellfische, Solles, ger. Rheinlachs, ger. Sprotten, Bündlinge zum Braten u. Robessen, frischen echt russ. Kaviar, Austern etc.
Für bedeutendere Wirthschaften und Weinhandlungen! Ze. 880. Einer Weinproduzenten am Bodensee wünscht seine Weinvorräthe en bloc zu verkaufen. Dieselben bestehen in ca. 200 Dm. größtentheils edler Sorten: **Clemner, Traminer, Ruländer und Riesling** von vorzüglicher Qualität.
Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Kaufgesuch. Ze. 799. Chodszien. Es wird baldigst 1 schön gelegene Besitzung von 3000 b. 6000 pr. Morg. zu kaufen ges., die im Süden von Bayern, Württemberg, Baden oder in dem östlichen Frankreich möglichst nahe dem Gebirge u. c. Gewässer liegt. Sie muß ein ausgezeichnet schön und gesund gelegenes Schloß oder herrschaftliche Villa, einen großen Park mit Wasser, gute Wirthschaftsgebäude, etwa 2000 pr. Morg. Hochwald und Acker und Wiesen l. Klasse haben. Genaue Angaben franco S. v. A. Chodszien — Preussen, poste restante.

Ze. 91. Karlsruhe.
Hausversteigerung.
Auf Antrag der Belästigten wird die der Witwe und den Kindern des verlebten Schreinermeisters **Georg Schmeichelhardt** gemeinschaftlich zugehörige Behausung am **Dienstag den 20. März d. J., Nachmittags 2 Uhr**, auf dem Rathhause dahier öffentlich versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn ein annehmbares Gebot geschieht.
Beschreibung der Liegenschaft.
Ein dreistöckiges Wohnhaus mit Knieflod Nr. 5 der Sophienstraße, mit dreistöckigem Seitenbau, zweistöckigem Querbau, 2 Schuppen mit 2 Kammern, 2 Höfe und circa 57 □ Ruthen Garten, auf die Kriegsstraße stoßend, welcher als Bauplatz verwendet werden kann, einerseits Herr Baumeister Hummel, andererseits Herr Schieferdecker Veder gelegen.
Das ganze Anwesen eignet sich vermöge seiner angenehmen Lage sowohl für ein Herrschaftshaus als auch für ein größeres gewerbliches Etablissement.
Die Bedingungen können inzwischen bei dem Unterzeichneten, Waldbornstraße Nr. 27, eingesehen werden.
Karlsruhe, den 1. März 1866.
Löffel, Waisenrichter.

Ze. 874. Nr. 156. Karlsruhe. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwalde **Kastanienwäldchen** bei Forchheim werden am 15., 16. und 17. d. M. mit Vorzugsfrist bis Martini d. J. öffentlich versteigert, am **Donnerstag den 15. d. M.**, aus verschiedenen Schlägen:
20 1/2 Akr. gemischtes Scheit- und Prügelholz und 6650 Stk. gemischte Hart- und Weichholzwellen.
Zusammenkunft Morgens 10 Uhr an der Albrücke bei Forchheim.
Am **Freitag den 16. d. M.**, aus Schlag 16:
132 Akr. gemischtes Scheit- und Prügelholz, 5950 Stk. gemischte Hart- und Weichholzwellen, 14 Stk. Stumpenabschnitte und 8 Loose Schlagraum.
Zusammenkunft Morgens 10 Uhr im Schlag 16.
Am **Samstag den 17. d. M.**, daselbst:
6 Eichen, 15 Nusschen, 22 Eichen, 58 Nüssen, 1 Weichholme und 30 Schwarzpappeln, Nuss- und Kaufsäume.
Zusammenkunft Morgens 10 Uhr im Schlag 16.
Karlsruhe, den 10. März 1866.
Großh. bad. Bezirksforstf. **J. E. a. B. Seidel.**

Ze. 874. Nr. 156. Karlsruhe. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwalde **Kastanienwäldchen** bei Forchheim werden am 15., 16. und 17. d. M. mit Vorzugsfrist bis Martini d. J. öffentlich versteigert, am **Donnerstag den 15. d. M.**, aus verschiedenen Schlägen:
20 1/2 Akr. gemischtes Scheit- und Prügelholz und 6650 Stk. gemischte Hart- und Weichholzwellen.
Zusammenkunft Morgens 10 Uhr an der Albrücke bei Forchheim.
Am **Freitag den 16. d. M.**, aus Schlag 16:
132 Akr. gemischtes Scheit- und Prügelholz, 5950 Stk. gemischte Hart- und Weichholzwellen, 14 Stk. Stumpenabschnitte und 8 Loose Schlagraum.
Zusammenkunft Morgens 10 Uhr im Schlag 16.
Am **Samstag den 17. d. M.**, daselbst:
6 Eichen, 15 Nusschen, 22 Eichen, 58 Nüssen, 1 Weichholme und 30 Schwarzpappeln, Nuss- und Kaufsäume.
Zusammenkunft Morgens 10 Uhr im Schlag 16.
Karlsruhe, den 10. März 1866.
Großh. bad. Bezirksforstf. **J. E. a. B. Seidel.**

Prüfung im Groß. evang. Schullehrerseminar zu Karlsruhe.
Dieselbe findet statt: Samstag den 17. März, Nachmittags von 2 Uhr an, in den Fächern: Regelspiel, Violinspiel und Choralelang; zum Schluß: Turnen. Ferner Montag den 19. März, Vor- und Nachmittags, in den übrigen Unterrichtsfächern.
Donnerstag den 22. März, Vor- und Nachmittags: Prüfung der Seminarschule.
Dazu lädt freundlich ein
Die Direktion. Ze. 911.

Kunstverein für das Großherzogthum Baden in Karlsruhe. Bekanntmachung.
Ze. 891. Die heute den 10. März 1866 in Gegenwart von Urkundspersonen vorgenommene Verloofung von Kunstgegenständen unter die Mitglieder des Jahres 1865 hatte folgendes Ergebnis:

Gewinn-Nummer.	Gegenstand und Name des Künstlers.	Ankaufs-Preis.	Alte-Nr.	Gewonnen von folgenden Mitgliedern.
1	Der ungebildete Alpenjahn, Delgemälde von C. Rour in Karlsruhe	250	107	Herr Kreuzberg, Wild-Stiftungs-Verwalter in Bruchsal.
2	Die Dorfstraße, Delgemälde von Herrn. Kaufmann in Hamburg	178	45	Herr G. Leipheimer, Kaufmann und Gemeinderath in Karlsruhe.
3	Der Morgen, Delgemälde von Reinb. Braun in Stuttgart	160	627	Herr P. Mayer, Fabrikant in Karlsruhe.
4	Landschaft, Motiv von Blumenfeld, Delgemälde von A. H. Bräuer in Karlsruhe	150	313	Freiherr von Baumbach, Kammerherr in Karlsruhe.
5	Schloß Dieß an der Bahn, Delgemälde von C. Weiser in Karlsruhe	100	372	Verein zur Förderung der Kunst in Billingen.
6	Dorfsparthe, Delgemälde von W. Schmitt in Karlsruhe	66	203	Frau G. Lochner, geb. Finanzrath's Witwe in Karlsruhe.
7	Parthe am Bierwaldhadersee, Delgemälde von C. Hüfing in Karlsruhe	60	228	Herr Cour. Haegel, Kaufmann in Karlsruhe.
8	Vorzellangemälde von J. H. B. in Karlsruhe	30	347	Herr von Parode-Starkenfels, Oberstlieutenant in Karlsruhe.
9	J. W. Schirmer, biblisch-historischer Landschaften-Cyclus, 26 Photographien in Mappe	30	82	Herr Veger, geb. Rath in Karlsruhe.
10	Knauf, Die Taufe, geschnitten von Ballin	30	353	Freiherr v. Lohbeck, Kammerherr in Laub.
11	Göthe-Gallerie nach Kaulbach in Bistrentenformat, 24 Blatt in Etui	10	30	Herr Dr. Vaber, Archivrath in Karlsruhe.
12	Die Großherzogliche Kunsthalle, 1. Lieferung, 4 Blatt in Umschlag	8	369	Herr Mathis, Kaufmann in Karlsruhe.

Dieses wird mit dem Anfügen öffentlich bekannt gemacht, daß die gewonnenen Gegenstände von unsrean Geschäftsgehilfen N. J. im Ermann an die resp. Gewinner überbracht, beziehungsweise von denselben auf Verlangen alsbald übergeben werden.
Karlsruhe, den 10. März 1866.

Der Vorstand.
International-Lehrinstitut.

Ze. 574. Die Zöglinge dieser Anstalt (Deutsche, Franzosen, Engländer etc.) erwerben sich dort alle zur Ausbildung der Jugend und für die kaufmännische Laufbahn erforderliche Kenntnisse, an der Stelle der todtten Sprachen aber stellt sich die Anstalt die gründliche Erlernung der lebenden Sprachen zur Aufgabe. **Hauptstudien:** deutsch, französisch, englisch und die Handelswissenschaft. Den Lehrplan sendet franco der Vorstand in **Bruchsal** (Grossh. Baden).

Für Bau-Unternehmer.
Ze. 778. Bern. Unterzeichnete wünschen zu verkaufen:
1) Bis 50 Stk. Rollwagen von 50 Kbf. Gehalt,
2) bis 20 Stk. do. von 30 " do.,
3) Eine kleine Lokomotive von 12 bis 15 Pferdekraften von circa 160 Zentner Gewicht und mit verstellbarer Spurbreite von 29 bis 50 Zoll, erbaut in der Centralbahnhofsstätte in **Olten**.
Bern, den 3. März 1866.
J. Glauser & Comp.

Ze. 614. Rottweil.
Halorpylin.
Patentirt in Oesterreich, Sachsen, Hannover, Württemberg und Nassau.
Wir erlauben uns, die Industriellen auf dieses von den Gebrüder Fehleisen in Gilt neuerfundene Sprengmaterial aufmerksam zu machen.
Das Halorpylin wird nach der Methode des gewöhnlichen Sprengpulvers in ähnlicher Körnerform erzeugt, und eignet sich für alle Sprengungen, jedoch für Tunnelbauten und Bergwerke hauptsächlich, da es beim Sprengen keinen Rauch und keine schädliche oder unangenehme Gasarten entwickelt. Das Halorpylin hat die seltene Eigenschaft, nur in sehr dichtem Raum, z. B. in einem stark besetzten Rohrloch, anzuhängen, seine Sprengkraft auszuüben, während es in nicht geschlossenem Raum nur langsam und unvollständig verbrannt; es ist so schwer entzündlich, daß es sich weder durch Stöß, noch durch Schlag, Druck oder Reibung, ja selbst unter den heftigsten Schlägen von Eisen auf Eisen — wobei das gewöhnliche Pulver bekanntlich explodirt — nicht entzündet. Aus allen diesen Gründen ist eine Explosion bei der Manipulation oder bei dem Transport absolut unmöglich.
Das Halorpylin kann daher ob seiner Ungefährlichkeit an jedem trockenen Ort, in jedem Zimmer ohne weitere Vorsichtsmaßregeln aufbewahrt werden.
Dasselbe hat nach den bisher erzielten Resultaten, wofür viele Zeugnisse aufzuweisen sind, in kompakten Felsarten die doppelte Kraft des gleichen Gewichtes von Sprengpulver gezeigt.
Die Anwendung des Halorpylins ist besonders auch da vortheilhaft, wo man die Erzeugung von Steinen nach Dimensionen, Quader, Mühlsteine etc. erzielen will, indem es weniger geräuschvoll, als vielmehr lebend und zerfließend wirkt.
Die Behandlung des Halorpylins ist dieselbe wie bei gewöhnlichem Sprengpulver, nur mit dem Unterschied, daß der Belag hier ein durchaus sehr fester sein muß, widrigenfalls das Resultat ein sehr unvollständiges ist.
Die Benützung der Raumnadel ist nicht am Platz, man kann nur die Zündschnur oder die Elektrizität in Anwendung bringen.
Dieses durch seine Vortheile sehr billige, das Leben und die Gesundheit der arbeitenden Klassen in Tunneln und Bergwerken nicht gefährdende Sprengpräparat verdient daher in jeder Beziehung volle Beachtung.
Durch Erwerbung des Patenten von den Herren Erfindern sind wir zur ausschließlichen Fabrikation dieses Artikels in Württemberg ermächtigt; wir empfehlen ihn nebst unserem übrigen Fabrikat auf das Beste.
Rottweil, im Februar 1866.
Pulverfabrik von Glaz & Duttenhofer.